

Bund hat Ruag bis zu 70 Millionen zu viel bezahlt

Die Eidgenössische Finanzkontrolle geht von überhöhten Gewinnmargen aus – die Ruag kritisiert das Berechnungsschema



Ein Mitarbeiter der Ruag Aviation legt an einem Kampffjet Hand an.

PD

Ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle bestätigt, dass die Ruag der Armee jahrelang zu hohe Rechnungen ausgestellt hat. Auch das VBS gerät in die Kritik.

LARISSA RHYN, BERN

Manchmal benötigt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) viel Durchhaltevermögen. Die Prüfung der Gewinnmargen des bundeseigenen Rüstungskonzerns war so ein Fall. Denn die Ruag stemmte sich jahrelang dagegen, Finanz-

berichte über ihre verschiedenen Tätigkeitsbereiche vorzulegen. Erst Anfang 2019 lenkte CEO Urs Breitmeier ein – und gab noch dazu einen Bericht bei der EFK in Auftrag.

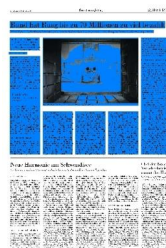
Der Grund dafür war ein schwerer Verdacht: Die Ruag Aviation habe der Schweizer Luftwaffe für den Unterhalt und die Reparatur von Kampffjets und Armeehelikoptern jahrelang zu viel ver-

Ruag ist kein

zweiter «Fall Postauto»

Kommentar auf Seite 11

rechnet. Über die Höhe des Zuschlags wurde viel spekuliert. Ein Bericht von CH-Media schätzte die Gewinnspannen auf bis zu 35 Prozent. Der Bund erlaubt der Ruag bei fixen Pauschalpreisen jedoch maximal 8 Prozent Marge. Und die Ruag Aviation verrechnete meist Fixpreise. Es hiess, mit den Zusatzeinnahmen habe der Konzern das zivile Flug-



geschäft querfinanziert. Der VR-Präsident der Ruag, Remo Lütolf, sagte Ende März in einem Interview mit der NZZ, es gebe «keinerlei Indizien, dass hier etwas nicht rechtens» gewesen sei.

Zu hohe Gewinnmarge

Nun bestätigt sich zwar der Verdacht, nicht aber das vermutete Ausmass. Die EFK hat für die Jahre 2013 bis 2017 eine vertiefte Prüfung durchgeführt und am Freitag summarisch über die Ergebnisse informiert. Sie hat festgestellt, dass sich die Gewinnmarge bei Bundesaufträgen ohne öffentliche Ausschreibung in einer Bandbreite von 11,6 bis 14,6 Prozent befand – also deutlich über den vereinbarten 8 Prozent, aber weit unter den vermuteten 35 Prozent. Die Mehrkosten, welche die Ruag Aviation dem Bund verrechnet hat, betragen laut der EFK bis zu 15 Millionen Franken jährlich, total also maximal 70 Millionen Franken. Manipulationen oder Vertragsbrüche stellt die Finanzkontrolle allerdings nicht fest.

Die Ruag rapportierte die Gewinnmargen laut der Zusammenfassung des Berichts, der als vertraulich eingestuft ist, jeweils an den Rüstungschef. Doch die EFK hat die Margen nun anders berechnet, als die Ruag dies jeweils tat. Ihr Ziel: die Kosten identifizieren, die aufgewendet wurden, um die bestellten Leistungen zu erbringen – und damit effektiv dem VBS zuzuordnen sind. Dabei hat die Finanzkontrolle festgestellt, dass die Ruag die Kosten nicht verursachergemäss verteilt hat. So seien dem Bund beispielsweise Projektkosten für ein ziviles Flugzeug verrechnet worden. Auch habe die Ruag Marketingkosten für Air-Shows verlangt, an denen sie ohne expliziten Auftrag des VBS teilgenommen

habe. Weiter seien bei Ersatzteilen, die im Ausland beschafft worden seien, Gewinnmargen zweimal erhoben worden.

Die Ruag Aviation erzielte in den fünf Jahren, die überprüft wurden, einen Nettoumsatz von 1,1 Milliarden Franken durch Aufträge des Verteidigungsdepartements. Rückzahlungen verlangt die Finanzkontrolle nicht. EFK-Direktor Michel Huissoud erklärt: «Die Kosten wurden pauschal abgezogen, die Ruag hat also nichts explizit Verbotenes gemacht, womit Rückforderungen schwer zu begründen wären.»

Die Finanzdelegation hat den Bericht am Freitag zur Kenntnis genommen. Delegationspräsident Albert Vitali (fdp.) sagt: «Ich bin froh, dass die EFK die effektive Gewinnmarge bei der Ruag Aviation geprüft hat und zum Schluss kommt, dass diese deutlich tiefer ist als die 30 bis 35 Prozent, von welchen in den Medien zu lesen war.» Es gebe jedoch in einigen Punkten Handlungs- und Anpassungsbedarf, den das VBS und die Ruag nun gemeinsam in Angriff nehmen müssten.

Der Verwaltungsrat der Ruag kritisiert das Berechnungsschema der EFK in einer Stellungnahme. Die Finanzkontrolle habe in ihrer Prüfung Elemente eines neuen Kostenschlüssels für Gemeinkosten eingeführt, ohne die Vertragsparteien zu konsultieren. Zudem habe sie geltende Vereinbarungen nicht beachtet. Die Ruag verteile die Gemeinkosten gleichmässig auf alle Kunden, nach Umsatzanteilen der einzelnen Geschäftseinheiten. Dies entspreche der gängigen Industriepraxis und sei vertragskonform. Die Berechnungen der EFK würden dem VBS derweil eine privilegierte Stellung einräumen.

Die Ruag wird umgekrempelt

Michel Huissoud, Direktor der EFK, sagt dazu: «Wir verlangen keine Sonderbedingungen für den Bund. Es ist völlig normal, dass nur die Kosten verrechnet werden dürfen, welche bei einem Auftrag effektiv anfallen.» Die Ruag habe ein Monopol bei der Wartung von Kampffjets und Armeehelikoptern, daher sei es umso wichtiger, dass sie Transparenz gewährleisten. Huissoud nimmt auch das VBS in die Verantwortung. Dieses habe es versäumt, vom Vertragspartner mehr Transparenz zu verlangen: «Die Verträge mit der Ruag sind so grosszügig und unpräzise formuliert, dass sie es der Ruag erlauben abzurechnen, was sie will.»

Das VBS schreibt in einer Stellungnahme, die Erkenntnisse der EFK betreffend Gewinnmarge und Transparenz in der Finanzberichterstattung würden in den strategischen Zielen des Bundesrats 2020–2023 für die Ruag berücksichtigt. Darin sei vorgegeben, dass ab dem nächsten Jahr eine externe Revisionsstelle jährlich einen Bericht zur Einhaltung der Grundsätze der Kostenrechnung erstellen müsse. Noch dieses Jahr wird die Struktur der Ruag komplett umgekrempelt. Der Rüstungskonzern soll in zwei Gesellschaften aufgespalten werden: die MRO Schweiz und die Ruag International. Auch bei der Neuverhandlung der Preise der Mehrjahresverträge zwischen der Armassuisse und der Ruag sollen die Erkenntnisse der EFK berücksichtigt werden. Die Ruag zeigt sich bereit, «über allfällige künftige Anpassungen mit dem VBS nachzudenken».

Wegen des Verdachts auf überhöhte Preise hat die EFK bereits vor über zwei Jahren eine Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft eingereicht. Diese eröffnete ein Verfahren gegen Unbekannt, welches noch immer im Gang ist, wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage bestätigt.